



Medien-Information

26. Februar 2014

Kristin Alheit: Hebammen sind wichtig für die Geburtshilfe – Schleswig-Holstein startet Bundesratsinitiative zur Absicherung der Geburtshilfe mit Hebammen

KIEL. Schleswig-Holstein startet eine Bundesratsinitiative zur Absicherung der Geburtshilfe mit Hebammen. Gesundheitsministerin Kristin Alheit betonte dazu heute (26.2.): „Hebammen tragen einen entscheidenden Teil zur Sicherstellung der geburtshilflichen Versorgung bei. Dies muss auch angemessen vergütet werden. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Haftpflichtversicherungs-Beiträge brauchen wir eine bundesweite tragfähige Lösung zur Absicherung der Geburtshilfe mit Hebammen“. Eine entsprechende Bundesratsinitiative wird Schleswig-Holstein in der kommenden Bundesratssitzung einbringen. Weitere Länder haben ihre Unterstützung signalisiert.

Die Beiträge für die Berufshaftpflichtversicherung der freiberuflich tätigen Hebammen in der Geburtshilfe haben sich in den vergangenen Jahren stark erhöht. Verschiedene Versicherer hatten sich aus der Haftpflicht-Versicherung sogar ganz zurückgezogen. Dies führt vermehrt dazu, dass freiberuflich tätige Hebammen in der Geburtshilfe ihre Tätigkeit aufgeben, weil sich die hohen Versicherungsbeiträge kaum noch erwirtschaften lassen. Freiberufliche Hebammen sind beispielsweise auch als so genannte „Beleg-Hebammen“ an einer Geburtsklinik tätig und betreuen dort die Geburten.

„Ein denkbarer Lösungsansatz ist die Festsetzung fallbezogener Haftungshöchstgrenzen für freiberuflich tätige Hebammen in Kombination mit der Einrichtung eines staatlich finanzierten Haftungsfonds für Schäden, die über die festgesetzte fallbezogene Haftungshöchstgrenze hinausgehen“, so Alheit. Die Bundesregierung wird mit der Bundesratsinitiative aufgefordert zudem zu prüfen, ob durch eine Ergänzung im Sozialgesetzbuch V (des § 134 a Abs. 1) das derzeitige Missverhältnis zwischen steigenden Berufshaftpflichtprämien und deren Einkommenssituation der Hebammen entschärft werden kann.

Der Bundesrats-Antrag begrüßt, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit gegründet wurde, um Lösungsansätze zu finden. „Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation bitten wir das Bundesgesundheitsministerium, auf den Spitzenverband der Krankenkassen zuzugehen, so dass kurzfristig eine angemessene Vergütung der Tätigkeit der freiberuflich tätigen Hebammen in der Geburtshilfe erreicht und damit die Versorgung flächendeckend gesichert wird“, so Alheit.